

Freie Hansestadt Bremen**Ortsamt Horn-Lehe****PROTOKOLL**

der öffentlichen Fachausschusssitzung Umweltschutz und Verkehr des Beirates Horn-Lehe

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
29. August 2016	18.30 Uhr	20.55 Uhr	Diele des Ortschafts

TEILNEHMER_INNEN**ORTSAMT** : OAL Inga Köstner, Vorsitz + Protokoll**BEIRAT/AUSSCHÜSSE** : Barnabas Adam, Claus Gülke, Thomas Hanke, Peter Müller, Ulf-Brün Drechsel, Stefan Quaß, Manfred Steglich**GÄSTE** : - Kai Koopmann (Polizei) zu TOP 7**TAGESORDNUNG:**

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.06.2016
3. Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
 - Petition für den Erhalt des Lehester Sees
4. Erläuterungen und Anträge zur Verwendung des Stadtteilbudgets in Horn-Lehe
 - CDU: Sanierung der Berckstraße
 - Bündnis 90/Die Grünen: Zebrastreifen Leher Heerstraße
 - Bündnis 90/Die Grünen: Halteverbotsstrecke Mary-Astell-Straße
 - Bündnis 90/Die Grünen: Umkehrung der Einbahnstraßenrichtung in der Straße Am Brahmkamp
 - SPD: Sanierung der Zuwegung um die Marie-Curie-Grundschule und dem Jugendhaus Horn-Lehe
5. Baumfällungen im Bereich der BAB 27 ab Oktober 2016
6. Mitteilung des Ausschussvorsitzenden
 - Ergebnis der Beratung vom 22.08.2016 zur Lärmsanierung Fritzewiese – HC Horn e.V.
7. Berichte des Amtes
 - Sperrfläche in der Nößler Straße wurde demarkiert
 - Universitätsallee 3, Therapiezentrum „Aktion Hilfe für Kinder“, Planung Behindertenparkplatz auf Privatgelände
 - Taxenplätze an der Leher Heerstraße
 - Markierung der Leher Heerstraße in Höhe Knotenpunkt Vorstraße erneut angemahnt
 - Haltestelle Kopernikusstraße - Versetzung Haltestellenschild
 - Austausch einer Schranke gegen einen abknickbaren Pfahl auf dem Weg hinterm Theater am Deich
 - Gelbe Füße
 - Finanzierung eines Zauns am Beste-Jung-Weg 1
 - Wasserrechtliche Erlaubnis für die Grundwasserabsenkung Schwachhauser Heerstraße 268
 - Crashbikes in Horn-Lehe
 - Befreiung von den Verboten der Bremer Baumschutzverordnung Carl-Zeiss-Str. 1
8. Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder wurden per E-Mail vom 22.08.2016 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Die Vorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste. Sie kündigt an, dass in der Sitzung die derzeit medial häufig kommunizierte Neuerung des Stadtteilbudgets für Verkehr erörtert werde. Zur besseren Veranschaulichung werde mit einer Präsentation gearbeitet.

Beschluss: Die Tagesordnung wird ohne Änderungen und Ergänzungen genehmigt. (einstimmig)

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.06.2016

Herr Müller legt zwei schriftliche Änderungen zu TOP 8.1 und 8.4 als Tischvorlage vor.

„Herr Müller weist darauf hin, dass eine dreijährige Vollsperrung des intensiv genutzten Rad- und Fußweges einen erheblichen Eingriff darstelle. Es gäbe zu prüfende Beispiele, wie eine abgesicherte Querung einer Baustraße realisiert werden könne, dokumentiert z. B. im Pedal, der Zeitschrift des ADFC. Zudem sei die Baustraße selbst nicht als Baustelle sondern lediglich als Zufahrt anzusehen und könne daher hinsichtlich der Sicherheitserfordernisse anders geplant werden.“

„Herr Müller sieht keinen Grund dafür, die Schranke auch außerhalb der Badesaison geschlossen zu halten. Die geschlossene Schranke sei auch ein Verkehrshindernis z. B. für den Radverkehr und müsse somit auf die Problemzeiten beschränkt bleiben.“

Beschluss: Das Protokoll wird mit den vorgelegten Änderungen genehmigt. **(einstimmig)**

Anmerkung: Die Änderungen wurden in das Protokoll eingepflegt und die geänderte Version auf der Website des Orsamtes veröffentlicht. Somit entfiel ein erneuter Versand an die Fachausschussmitglieder.

Zu TOP 3: Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

▪ Vorstellung Barbara Drechsel

Herr Drechsel teilt mit, dass die FDP – nach dem Ausscheiden von Herrn Paniri – dem Beirat eine neue sachkundige Bürgerin für den Fachausschuss vorschlagen werde. Dabei handele es sich um seine Ehefrau, die persönlich anwesend ist und sich auch persönlich kurz den Ausschussmitgliedern vorstellt.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorstellung zur Kenntnis.

▪ Petition für den Erhalt des Lehester Sees – Herr und Frau Schulze

Die Vorsitzende berichtet, dass die am 11.07.2016 im Ortsamt zur Kenntnis eingegangene Petition als Bürgerantrag gewertet und dem Beirat mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung gestellt wurde. Hauptadressat sei der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr. Eine Petition müsse andernfalls bei der Stadtbürgerschaft eingereicht werden.

Der Antragsteller berichtet, dass die Straße Am Lehester Deich als frühere Deichstraße gegenüber den Anrainer-Grundstücken erhöht angelegt wurde. Auf der einen Seite fließe Regenwasser in einen etwa 5 Meter breiten Grünstreifen neben der Fahrbahn, welcher mit Pfählen vor dem Befahren und Parken gesichert ist. Das Regenwasser könne ohne Probleme versickern. In Höhe der Hausnummern 4 bis 8 sei aber das Gefälle des Asphaltbelages zu groß, so dass sich bei Starkregen oder andauerndem Niederschlag ein etwa 50 Meter langer See – der sogenannte „Lehester See“ – bilde, welcher nach 12 bis 24 Stunden im Graben und den Vorgärten versickere. Nachdem die einstige Absperrung mittels Pfählen entfernt wurde, werde der Grabenabschnitt andauernd durch parkende Autos verdichtet und verflacht. In Konsequenz nähmen die Überschwemmungen des Lehester Sees zu und überfluteten die Vorgärten, die Haus- und Garageneingänge. Der Antragsteller untermauert sein Anliegen mit entsprechenden Fotos und bittet um Abhilfe in Form neuer Absperrungspfähle.

Beschluss: Die Ausschussmitglieder nehmen die Erläuterungen zur Kenntnis und unterstützen die Forderung, den ursprünglichen Zustand mit Absperrung durch Pfähle/Poller wiederherzustellen.

Gleichzeitig solle die Frage nach dem genauen Standort des Vorfluters bei hanseWasser gestellt werden. **(einstimmig)**

▪ **Öffnung des Achterdieks – Herr Erbo**

Herr Erbo bittet um Auskunft, wann die Straße Achterdiek für den Durchgangsverkehr von Oberneuland nach Horn-Lehe geöffnet werde. Seinen Informationen zur Folge sollen die Straßenbauarbeiten Ende September 2016 abgeschlossen sei.

Herr Koopmann antwortet, dass das voraussichtliche Bauende auf den 30.11.2016 festgesetzt wurde.

Der Ausschusssprecher betont, dass es trotz wiederholter Kritik zu einer Öffnung des Achterdieks kommen werde. Zum Bestandteil der Vereinbarung mit dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr gehöre aber auch, den Verkehr nach der Öffnung des Achterdieks noch einmal zu beobachten und ggf. Anpassungen vorzunehmen.

Im Weiteren nehmen die Ausschussmitglieder das Anliegen zur Kenntnis.

▪ **BSAG-Umbau an der Achterstraße – Herr Borgmann**

Herr Borgmann fragt die Mitglieder des Fachausschusses, ob ihnen bekannt sei, dass die BSAG den Bahnübergang Achterstraße umbauen wolle. Er habe eine Mitteilung der BSAG vorliegen, dass der Umbau in der 32. Kalenderwoche erfolgen solle. Inzwischen sei die 35. Kalenderwoche angebrochen und es gäbe keine Bauaktivitäten.

Herr Müller und Herr Quaß gehen lediglich von einer Versetzung des Drängelgitters an der Ampel aus.

Die Vorsitzende hat die Frage bereits nach Eingang an die BSAG-Pressestelle weitergeleitet.

Im Weiteren nehmen die Ausschussmitglieder das Anliegen zur Kenntnis.

Anmerkung: Mit Schreiben vom 30.08.2016 bestätigte die BSAG, lediglich die Drängelgitter versetzen zu wollen. Die Antwort wurde Herrn Borgmann zur Kenntnis gegeben. Nach Beginn der Bauarbeiten kam es zu einer Stilllegung durch die Polizei, da vor der Einrichtung der Baustelle keine verkehrsrechtliche Anordnung beim Amt für Straßen und Verkehr eingeholt wurde. Nach Klärung konnten die Arbeiten abgeschlossen werden.

Zu TOP 4: Erläuterungen und Anträge zur Verwendung des Stadtteilbudgets in Horn-Lehe

Die Vorsitzende führt in das Thema ein und erläutert, dass – entsprechend der gesetzlichen Grundlage des § 10 Absatz 3 Ortsbeirätegesetz – der Beirat über die Verwendung von stadtteilbezogenen Mitteln (Stadtteilbudgets) in den Einzelplänen der Ressorts gemäß § 32 Absatz 4 Ortsbeirätegesetz nach Maßgabe des Haushaltsplanes entscheiden darf. Im Senat habe man sich auf die Ausweisung eines Stadtteilbudgets für Zwecke gemäß § 10 Absatz 1, Nummern 3 und 7 Ortsbeirätegesetz entschieden. Man wolle so dem Beirätegesetz in einem ersten Schritt nachkommen und die Ausweisung von Stadtteilbudgets erproben.

Darunter werden verkehrslenkende, -beschränkende und –beruhigende Maßnahmen, soweit diese stadtteilbezogen sind und nicht zwingend der der Verkehrssicherungspflicht unterliegen, verstanden. Außerdem können die Gelder für den Ausbau, Umbau, für wesentliche Um- und Zwischennutzung sowie Benennung von öffentlichen Wegen, Plätzen, Grün- und Parkanlagen, soweit diese stadtteilbezogen sind, verwendet werden.

Das Gesamtbudget für alle Bremer Beiräte in den Jahren 2016/2017 beträgt mit Beschluss des Haushaltes jeweils eine Million Euro. Horn-Lehe erhält einen jährlichen Betrag von rund 46.000 Euro, welcher sich aus einem Sockelbetrag von 5.000 Euro und aus einem prozentualen Einwohneranteil an der Gesamtbevölkerung zusammensetzt.

Die Rahmenbedingungen zur Verwendung des Stadtteilbudgets ergeben sich aus den bislang vom Ressort versandten Informationsmaterialien. Dazu gehört unter anderem:

- Jeder Beirat hat die Möglichkeit, eigenständige Maßnahmen vorzuschlagen.
- Auf Wunsch des Beirates kann das ASV auch Maßnahmenvorschläge unterbreiten.
- Maßnahmen müssen alle gesetzlichen Vorgaben (z.B. Straßenverkehrsordnung), die jeweils geltenden Richtlinien und die anerkannten Regeln der Technik einhalten.
- Bei mehreren Maßnahmenvorschlägen, legen die Beiräte eine Prioritätenreihung fest.
- Werden Aufträge an Dritte notwendig, gehen entsprechende Honorare zu Lasten des Stadtteilbudgets.
- Folgekosten einer Maßnahme aus dem Stadtteilbudget wie Betriebskosten und Unterhaltungskosten werden vor Entscheidung über eine Maßnahme ermittelt und sind pauschal vorab für die Dauer von 10 Jahren abzulösen, d.h. sie werden für die ersten 10 Jahre durch das Stadtteilbudget vorfinanziert.
- Die Folgekosten ab dem 11. Betriebsjahr trägt der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
- Die Mittel sind grundsätzlich ins nächste Haushaltsjahr übertragbar.
- Eine Mittelverschiebung bzw. ein Mitteltausch zwischen mehreren Beiräten untereinander ist zulässig.

Außerdem wurde eine exemplarische Liste von Kosten zusammengestellt, die den Beiräten als Orientierung dienen soll.

- Verkehrsschild (Kleinbeschilderung) incl. Rohrpfeiler
 - ca. 100 €/ Stck.
- Poller incl. Aufstellung
 - ca. 130 €/ Stck.
- Fahrradbügel (Stahl verzinkt)
 - ca. 150 €/ Stck.
- Markierung in Heißplastik (Haltebalken, Zebrastreifen)
 - ca. 15 €/ lfdm.
- Markierung in Heißplastik (Piktogramm)
 - ca. 60 €/ Stck.
- Sanierung von 100 m Gehwegplatten in Beton, 2,5 m breit
 - Pflasteraufbruch und Neuherstellung einschl. Bettung ca. 65 €/ m²
 - Pflasteraufbruch und Neuherstellung einschl. Unterbau ca. 125 €/ m²
 - Kosten neues Pflaster ca. 40 €/m²
- Bau einer Einengung im Einmündungsbereich mit Absenkung von Bordsteinen
Die Kostenermittlung wurde unter der Annahme durchgeführt, dass die Versatzlänge rd. 40 m beträgt und der Eingriff in die Fahrbahn 2,50 m.
Summe: ca. 50.000 €
- Kosten für Straßenbeleuchtung
 - Kleinleuchte ca. 4.000 €
 - Großleuchte ca. 6.000 €
 - Betriebs- und Unterhaltungskosten ca. 150 €/Jahr (für Klein- und Großleuchte)
- Kosten für die Herstellung von Mittelinseln
 - Baukosten ca. 20.000 € - 30.000 €
 - - Ggf. Anpassung der Beleuchtung bei unzureichenden Sichtverhältnissen ca. 10.000 € – 15.000 €
 - Taktile Elemente ca. 5.000 € - 6.000 €

Summe: ca. 35.000 € - 51.000 € + ggf. Betriebs- und Unterhaltungskosten Beleuchtung

- Kosten für Fußgängerüberweg mit LSA ohne blindengerechter Ausstattung
 - Straßen- und Tiefbau ca. 8.000 €
 - LSA / Ausstattung / Markierung ca. 32.000 €Summe: ca. 40.000 € + Betriebs- und Unterhaltungskosten LSA (ca. 5.700 € pro Jahr)
- Kosten für Fußgängerüberweg mit LSA und blindengerechter Ausstattung
 - Straßen- und Tiefbau / Blindenleitelemente ca. 11.000 €
 - LSA / Ausstattung / Markierung ca. 36.000 €Summe: ca. 47.000 € + Betriebs- und Unterhaltungskosten LSA (ca. 5.700 € pro Jahr)
- Kosten für Fußgängerüberweg ohne Blindenleiteinrichtung (sog. Zebrastreifen)
 - Straßen- und Tiefbau ca. 8.000 €
 - Ausstattung / Markierung ca. 6.000 €
 - Beleuchtung ca. 15.000 €Summe: ca. 29.000 € + Betriebs- und Unterhaltungskosten Beleuchtung
- Kosten für Fußgängerüberweg mit Blindenleiteinrichtung (sog. Zebrastreifen)
 - Straßen- und Tiefbau / Blindenleitelemente ca. 10.000 €
 - Ausstattung / Markierung ca. 6.000 €
 - Beleuchtung nach DIN ca. 15.000 €Summe: ca. 31.000 € + Betriebs- und Unterhaltungskosten Beleuchtung

Da insgesamt 5 Anträge mit dem Bezug zum Stadtteilbudget eingereicht wurden, obliege es dem Beirat, eine Verfahrensweise zum Umgang mit den Anträgen zu entwickeln.

Herr Drechsel befürwortet grundsätzlich ein Stadtteilbudget, bittet bei der Antragstellung aber um Unterscheidung von Pflicht- und Kürmaßnahmen. Bei den Pflichtaufgaben sollte das Verkehrsressort nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden. Zum Verfahren schlägt er vor, erst Vorschläge und Anträge zur Verwendung des Stadtteilbudgets zu sammeln. Da das Budget dem Stadtteil zugutekomme, wünsche er sich darüber hinaus einstimmige Beschlüsse.

Herr Steglich greift das Ansinnen auf und verweist auf die Gespräche im Koordinierungsausschuss vom 16.08.2016. Er stuft das Anliegen der CDU mit dem Antrag zur Sanierung der Berckstraße als Regelaufgabe ein, weshalb er keine Gelder aus dem Stadtteilbudget befürworten würde. Er spricht sich ebenfalls für möglichst konsensuale Entscheidungen des Beirates aus.

Herr Hanke wirbt dafür, das Wohl des Stadtteils im Blick zu behalten und keine Anträge nach Parteienzugehörigkeit oder Wählerklientel zu stellen. Dafür sei es notwendig, allen die Möglichkeit der Antragstellung einzuräumen. Es bliebe zu überlegen, ob man analog das Verfahren für Globalmittel auf das Stadtteilbudget übertragen wolle. Hierbei wäre man gut beraten, mehrere kleine Maßnahmen zu fördern. Alternativ müsse man sich bei größeren Projekten einigen. Abschließend stellt er in Frage, ob die Entscheidungen ausschließlich vom Beirat zu treffen seien. Er könne sich den Fachausschuss für Umwelt und Verkehr als Beschlussgremium vorstellen.

Herr Quaß könne die Aufregung um den Antrag zur Berckstraße nicht nachvollziehen. Schließlich habe jede Fraktion die Möglichkeit gehabt, Projekte zu überlegen und Anträge einzureichen. Um den zeitlichen Druck etwas zu minimieren, könne er sich vorstellen, bei vielen kleinen Anträgen mittels Prioritätenliste zu arbeiten. Dennoch habe das Budget den Reiz, dass der Beirat auch größere, aber für den Stadtteil wichtige Projekte voranbringe. Er äußert sich kritisch, dass es zwar gut sei, sich über Regelaufgaben zu verständigen. In der Vergangenheit habe aber eine Abarbeitung in den meisten Fällen nur sehr schleppend

sattgefunden. Er könne den Vorschlag von Herrn Hanke insoweit unterstützen, als dass der Fachausschuss Beschlüsse vorbereitet und an den Beirat weitergibt.

Herr Hanke entgegnet, dass der Ausschuss nach intensiver Beratung die Beschlüsse auch eigenständig fassen sollte. Andernfalls sei allein die Beratung überflüssig.

Herr Drechsel hält an seinem Vorschlag fest, einstimmige Beschlüsse zu fassen. Für eine Festschreibung findet er bei den Ausschussmitgliedern aber keine weitere Unterstützung. Des Weiteren fordere er einen Verfahrensvorschlag, wie mit den vorliegenden Anträgen umgegangen werden soll. Für die FDP kündigt er weitere Anträge an, die das Thema Beleuchtung und Papierkörbe im Stadtteil thematisieren.

Herr Müller schließt sich an und kündigt ebenfalls einen Antrag für zusätzliche Fahrradabstellplätze beispielsweise bei Rossmann an der Leher Heerstraße an.

Die Fraktionen bitten an dieser Stelle um Erörterung ihrer Anträge:

4.1 Sanierung der Berckstraße – Antrag der CDU

Das ASV wird aufgefordert, den abgängigen Straßenbelag der Fahrstraße in der Berckstraße einschließlich der Eisenbahnuntertunnelung auf ganzer Länge noch in diesem Jahr zu erneuern. Der Belag ist besonders in der Straßenmitte und ganzflächig im Bereich der Anlieferung von LESTRA beschädigt. Am Straßenrand und bei der Eisenbahnuntertunnelung sind teilweise auch tiefere Löcher vorhanden. Der Beirat beantragt, die Maßnahme gemäß § 10 (3) des Ortsgesetzes für Beiräte aus Mitteln seines Stadtteilbudgets zu finanzieren.

Herr Gülke bringt den Antrag ein. Herr Quaß ergänzt, dass der Zustand der Straße nicht nur für die Autofahrer, sondern auch für die Radfahrer problematisch bis gefährlich ist. Er könne nachvollziehen, dass die anderen Fraktionen hier die Zuständigkeit der Stadt sehen, glaubt aber nicht an eine schnelle Umsetzung.

Die Vorsitzende hat im Vorfeld beim Amt für Straßen und Verkehr um eine unverbindliche Kostenschätzung für die Sanierung gebeten. Im Ergebnis wurde bekannt gegeben, dass die Sanierung eines Teilbereiches der Oberneulander Landstraße (etwa 65 m) etwa 100.000 Euro gekostet habe. Die Ausbaulänge der Berckstraße betrage etwa 700 Meter. Untersuchungen und abfallrechtliche Bewertungen des Straßenaufbaus der Berckstraße hätten stattgefunden und die Ergebnisse lägen dem Amt für Straßen und Verkehr vor. Der Asphalt und der Unterbau seien teerhaltig und müssten als Sondermüll kostenpflichtig entsorgt werden.

Herr Steglich, Herr Müller, Herr Drechsel und Herr Hanke sehen die Verantwortung bei der Stadt. Sie führen das Argument der Verkehrssicherungspflicht an. Es seien Überlegungen anzustellen, wie die Priorität für eine Straßensanierung im zuständigen Ressort gesteigert werden könne. Aufgrund der vorab aufgelisteten Beispielrechnungen würde eine Sanierung zwischen 500.000 Euro und einer Million Euro kosten. Mit einem jährlichen Budget von 46.000 Euro müsse hierfür sehr lange gespart werden.

Die Antragsteller streichen im Ergebnis der Diskussion den letzten Satz ihres Antrages und bitten um Auskunft, ob der Bauträger Weser Wohnbau GmbH nach Abschluss der Bauarbeiten in der Berckstraße 18 bis 24 an den Sanierungskosten der Berckstraße beteiligt werden kann.

Beschluss: Das Amt für Straßen und Verkehr wird aufgefordert, den abgängigen Straßenbelag der Fahrstraße in der Berckstraße einschließlich der Eisenbahnuntertunnelung auf ganzer Länge noch in diesem Jahr zu erneuern. Der Belag ist besonders in der Straßenmitte und ganzflächig im Bereich der
--

Anlieferung von LESTRA beschädigt. Am Straßenrand und bei der Eisenbahnuntertunnelung sind teilweise auch tiefere Löcher vorhanden.

Im Übrigen wird der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um Auskunft gebeten, wann die Bauarbeiten der Weser Wohnbau GmbH in der Berckstraße 18 bis 24 abgeschlossen sein werden und ob der Bauträger zur Sanierung des vorderen Teilstücks der Berckstraße herangezogen werden kann. **(einstimmig)**

4.2 Blinklicht am Zebrastreifen Leher Heerstraße – Antrag der Grünen

Der Beirat Horn-Lehe möge beschließen:

1. Der Beirat fordert das ASV auf, am Zebrastreifen/Fußgängerüberweg an der Leher Heerstraße, Höhe Senator-Bölken-Straße gelbe Dauer-Warnblinklichter zu installieren.
2. Der Beirat fordert die zuständigen senatorischen Behörden auf, im Rahmen einer Informationskampagne alle Verkehrsteilnehmer über das richtige Verhalten an Fußgängerüberwegen aufzuklären.

Herr Müller bringt den Antrag ein und fasst zusammen, dass Auto- und Radfahrer mitunter die notwendige Rücksichtnahme vermissen ließen. Insofern sollen blinkende Lichter die Aufmerksamkeit am Zebrastreifen erhöhen.

Herr Quaß unterstützt das Anliegen aus dem ersten Punkt, weist aber auf Aussagen des Amtes für Straßen und Verkehr hin, wonach Blinklichter an Fußgängerüberwegen nicht vorgesehen seien. Die zweite Forderung trage er nicht mit, weil die Polizei spätestens seit dem Unfall im Jahr 2014 mittels Flugblättern und Aufklärungsgesprächen eine Informationskampagne durchgeführt habe.

Die Vorsitzende ergänzt, dass das Flugblatt seitdem auf der Homepage des Ortsamtes verfügbar sei.

Herr Koopmann stellt klar, dass das Handbuch HAV (Hinweise für das Anbringen von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen), 13. Auflage Kirschbaum auf Seite 279 zu 5.3.5 Fußgängerüberwege die folgende Aussage beinhalte:

„Sollte ausnahmsweise die normale Ausstattung eines Fußgängerüberweges (Markierung, Beschilderung, Beleuchtung) nicht ausreichen, so kann die Aufmerksamkeit durch gelbes Blinklicht an den Zeichen 350 auf den Fußgängerüberweg gelenkt werden. Sollte auch das nicht ausreichen, kann durch Gefahrenzeichen in ausreichender Entfernung auf den Fußgängerüberweg hingewiesen werden.“

Herr Porthun steht einem Blinklicht skeptisch gegenüber, da diese verkehrswidriges Verhalten begünstigen.

Die unterschiedlichen Meinungen der Ausschussmitglieder werden ausgetauscht.

Herr Quaß schlägt vor, sich bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung des Antrages zu positionieren, um dann eine Entscheidung über die Verwendung des Stadtteilbudgets zu treffen. Aufgrund der Diskussion schlägt er vor, die Punkte 1 und 2 des Antrages getrennt abzustimmen.

Beschluss: Der Vorschlag, wonach der Beirat das Amt für Straßen und Verkehr auffordert, am Zebrastreifen/Fußgängerüberweg an der Leher Heerstraße, Höhe Senator-Bölken-Straße gelbe Dauer-Warnblinklichter zu installieren, wird **mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.**

Der Antrag, die zuständigen senatorischen Behörden aufzufordern, im Rahmen einer Informationskampagne alle Verkehrsteilnehmer über das richtige Verhalten an Fußgängerüberwegen aufzuklären, wird bei **einer Ja-Stimme und 6 Enthaltungen angenommen**.

4.3 Halteverbotsstrecke Mary-Astell-Straße – Antrag der Grünen

Der Beirat möge beschließen:

1. Der Beirat Horn-Lehe fordert zur Erhöhung der Verkehrssicherheit eine Erweiterung der absoluten Halteverbotszone im Kurvenbereich der Mary-Astell-Straße: Statt an der Nordseite des Stichwegs zur Vorstraße ist das erste Halteverbotsschild in Höhe der Mary-Astell-Straße 13 aufzustellen, damit aus diesem Stichweg eine bessere Sicht auf den Verkehr möglich wird und nicht weiter sichtbehindernd im Kurvenbereich geparkt wird.
2. Der Beirat fordert, dass die Einhaltung des absoluten Halteverbots in der Mary-Astell-Straße regelmäßiger kontrolliert und ggf. geahndet wird.

Herr Müller trägt das Anliegen vor und erläutert, dass zwei weitere Parkplätze gestrichen werden müssten.

Herr Koopmann führt aus, dass es in der Vergangenheit zu Beschwerden aufgrund von Rasern gegeben habe. Nach Änderung der Halteverbotszone sei die Situation entspannt. Die parkenden Autos führten zudem zu einer Geschwindigkeitsreduzierung vorbeifahrender Autos. Er rate, die Halteverbotszone nicht weiter auszudehnen.

Eine Anwohnerin begrüßt die derzeitige Situation.

Beschluss: Der Antrag wird bei einer Ja-Stimme, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

4.4 Anfrage zur Situation Im Brahmkamp – Antrag der Grünen

Der Beirat stellt drei Anfragen an das ASV zur Situation im Brahmkamp:

1. Der Beirat bittet dringend um Auskunft, welche verkehrslenkende oder andere Bedeutung die vier am Straßenrand angebrachten "Park-Inseln" in der Straße Am Brahmkamp haben (siehe Fotos im Anhang).
2. Der Beirat bittet um Auskunft, welche Kosten bei der Errichtung dieser Maßnahmen entstanden sind.
3. Der Beirat bittet um Auskunft, ob es gravierende Gründe gegen eine Umkehrung der Einbahnstraßenrichtung in der Straße Am Brahmkamp gibt.

Herr Müller stellt die Anfrage vor, wobei er nur bedingt Auskunft zu den Überlegungen bei Punkt drei geben könne.

Die Vorsitzende erklärt, dass es sich bei den Parkinseln um einen Ausführungsfehler handeln müsse, welche dem Amt für Straßen und Verkehr bereits weitergeleitet wurden. Diese seien für die Verkehrsberuhigung nur sinnvoll, wenn sie auf beiden Straßenseiten eingerichtet würden. Andernfalls nehmen sie ausschließlich Parkraum weg.

Die Ausschussmitglieder sind mit den Anfragen der Punkte 1 und 2 einverstanden. Zur Umkehrung der Einbahnstraßenregelung meint Herr Quaß zu erinnern, dass eine Prüfung schon einmal stattgefunden habe. Im Ergebnis sei der Einmündungsbereich Am Brahmkamp zu klein und müsste ausgebaut werden. Er empfiehlt Abstand von dieser Idee zu nehmen.

Herr Hanke unterstützt seinen Vorredner. Ihm erschließe sich nicht der Grund für diese Anfrage. Zur Umgehung von Stausituationen auf dem Heerstraßenzug sei die „Abkürzung“ über den Brahmkamp nicht attraktiv genug und spare keine Zeit.

Beschluss: Die Mitglieder des Fachausschusses verständigen sich bei 6 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich darauf, die Anfrage an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr mit der Bitte um Stellungnahme weiterzuleiten.

4.5 Sanierung der Zuwegung um die Marie-Curie-Grundschule und dem Jugendhaus Horn-Lehe – Antrag der SPD

Der Beirat Horn-Lehe möge beschließen:

Die SPD-Fraktion fordert den Beirat auf, Mittel aus dem Stadtteilbudget zur Sanierung der Zuwegung um die Marie-Curie-Grundschule und dem Jugendhaus Horn-Lehe zu verwenden.

Herr Adam stellt den Antrag vor.

Herr Müller bittet um Präzisierung, welche Zuwegung gemeint ist, während Herr Steglich auch in diesem Fall die Verkehrssicherungspflicht als öffentliche Aufgabe betrachtet.

Herr Hanke erklärt, dass die Auffahrt auf die Zuwegung von tiefen Schlaglöchern geprägt sei, bei denen nicht nur Autos aufsetzten, sondern Kinder mit Fahrrädern stürzen oder zu Fuß leicht umknicken könnten – insbesondere dann, wenn sich diese Schlaglöcher mit Regenwasser füllen.

Die Ausschussmitglieder bitten um Rückstellung des Antrages und um Präzisierung.

Der Antrag wird mit der Bitte um Präzisierung zurückgestellt.

Da trotz Behandlung der Anträge keine Einigung bezüglich eines Verfahrensvorschlages zum Stadtteilbudget erzielt werden kann, vertagen die Ausschussmitglieder die Frage in die Sitzung des Koordinierungsausschusses am 20.09.2016.

Die Vorsitzende fordert alle Fraktionen auf, sich aktiv einzubringen und Vorschläge zu unterbreiten.

TOP 5: Baumfällungen im Bereich der BAB 27 ab Oktober 2016

Die Autobahnmeisterei Hemelingen informiert, in der kommenden Fällsaison ab Oktober 2016 einige Bäume zu entfernen, da von ihnen laut Aussage eines Gutachters Gefahren ausgehen können. Diese Information wurde versandt, um Irritationen, wie am Beispiel des Jahn-Reiners-Wanderweges zu vermeiden.

Die Vorsitzende zeigt zur Veranschaulichung Auszüge des Gutachtens.

Beschluss: Der Fachausschuss Umweltschutz und Verkehr des Beirates Horn-Lehe nimmt das Vorhaben der Baumfällungen zur Kenntnis und bittet um Nachpflanzungen in diesem Bereich. **(einstimmig)**

Zu TOP 6: Mitteilung des Ausschussvorsitzenden

- Ergebnis der Beratung vom 22.08.2016 zur Lärmsanierung Fritzewiese – Hockey Club Horn e.V.

Der Fachausschuss hatte sich in seiner Sitzung am 20.06.2016 per Beschluss dafür ausgesprochen, den Hockey Club Horn e.V. in seinen Bemühungen um einen deutlich verbesserten Lärmschutz zu unterstützen. Dafür sollte seitens des Ortsamtes ein Gespräch

initiiert werden, an dem alle in der Sache beteiligten Akteure zu einem Termin zusammenkommen.

Der Ausschusssprecher berichtet von dem Treffen, welches am 22.08.2016 stattgefunden hat. Im Ergebnis könne Immobilien Bremen als Grundstückseigentümerin keinen finanziellen Beitrag zur Sanierung leisten. Alle Beteiligten hätten den Handlungsbedarf nicht bestritten. Es blieben weitere Prüfergebnisse abzuwarten.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Zu TOP 7: Berichte des Amtes

7.1 Nößlerstraße

Die Sperrfläche wurde demarkiert.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

7.2 Universitätsallee 3

Planung eines Behindertenparkplatzes auf Privatgelände.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht ohne Einwände zur Kenntnis.

7.3 Taxenplätze an der Leher Heerstraße

Mühlenviertel und BSAG-Wendekreis nicht möglich; erneute Prüfung und baldige Anordnung Höhe Fußgängerüberweg

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht ohne Einwände zur Kenntnis und freuen sich, dass das Anliegen demnächst abgeschlossen sein werde.

7.4 Markierung der Leher Heerstraße in Höhe Knotenpunkt Vorstraße erneut angemahnt

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

7.5 Haltestelle Kopernikusstraße - Versetzung Haltestellenschild

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht und die dazugehörigen Fotos zur Kenntnis.

7.6 Austausch einer Schranke gegen einen abknickbaren Pfahl auf dem Weg hinterm Theater am Deich

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht ohne Einwände zur Kenntnis.

7.7 Gelbe Füße

Die Gelben Füße wurden im Bereich der Ronzellenstraße, Berckstraße (Otto-Suhling-Weg) zur Grundschule Horn neu aufgebracht und an der Carl-Zeiss-Straße, Voltastraße im Bereich der Grundschule Philipp-Reis-Straße erneuert

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

7.8 Finanzierung eines Zauns am Beste-Jung-Weg 1

Herr Müller vom Bauatelier-Nord und Herr Knode vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr haben sich verständigt und vereinbart, einen Zaun am Grundstück Beste-Jung-Weg 1 zu

errichten. Die Kosten werden vom Erschließungsträger und der Stadt jeweils zur Hälfte getragen

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis und begrüßen die Einigung zu Gunsten des Kleingartenvereins.

7.9 Wasserrechtliche Erlaubnis für die Grundwasserabsenkung
Schwachhauser Heerstraße 268

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht ohne Einwände zur Kenntnis.

7.10 Crashbikes in Horn-Lehe
Autobahnzubringer / Ecke Lilienthaler Heerstraße

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht ohne Einwände zur Kenntnis.

7.11 Befreiung von den Verboten der Bremer Baumschutzverordnung Carl-Zeiss-Str. 1
1 Silberhorn; Stammumfang 2,70 m; Ortsbesichtigungen 29.10.2015 und 27.07.2016;
nachlassende Vitalität, Totholz, Dürrastbildung, Wurzeln oberflächennah mit
Beschädigungen, 3 Obstbäume

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis.

Zu TOP 8: Verschiedenes

Inga Köstner
- Vorsitz und Protokollführung -

Stefan Quaß
- Ausschusssprecher -